

Antrag

der Abgeordneten Michael Stübgen, Ulrich Adam, Peter Albach, Thomas Bareiß, Veronika Bellmann, Otto Bernhardt, Carl-Eduard von Bismarck, Antje Blumenthal, Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Marie-Luise Dött, Anke Eymer (Lübeck), Dirk Fischer (Hamburg), Ralf Göbel, Michael Grosse-Brömer, Gerda Hasselfeldt, Ursula Heinen, Michael Hennrich, Ernst Hinsken, Franz-Josef Holzenkamp, Susanne Jaffke, Bernhard Kaster, Jürgen Klimke, Dr. Rolf Koschorrek, Hartmut Koschyk, Michael Kretschmer, Gunther Krichbaum, Ingbert Liebing, Eduard Lintner, Dr. Angela Merkel, Franz Obermeier, Henning Otte, Eckhardt Rehberg, Dr. Norbert Röttgen, Ingo Schmitt (Berlin), Dr. Andreas Schockenhoff, Dr. Ole Schröder, Thomas Silberhorn, Gero Storjohann, Lena Strothmann, Hans Peter Thul, Marcus Weinberg, Volker Kauder, Dr. Peter Ramsauer und der Fraktion der CDU/CSU

sowie der Abgeordneten Kurt Bodewig, Franz Thönnies, Dr. Lale Akgün, Niels Annen, Doris Barnett, Dr. Hans-Peter Bartels, Klaus Barthel, Uwe Beckmeyer, Dr. Axel Berg, Ute Berg, Clemens Bollen, Dr. Michael Bürsch, Edelgard Bulmahn, Christian Carstensen, Martin Dörmann, Garrelt Duin, Hans Eichel, Annette Faße, Rainer Fornahl, Hans-Joachim Hacker, Bettina Hagedorn, Rolf Hempelmann, Gabriele Hiller-Ohm, Iris Hoffmann (Wismar), Klaas Hübner, Lothar Ibrügger, Josip Juratovic, Johannes Kahrs, Christian Kleiminger, Ernst Kranz, Volker Kröning, Christian Lange (Backnang), Dirk Manzewski, Lothar Mark, Holger Ortel, Steffen Reiche (Cottbus), Sönke Rix, Dr. Ernst Dieter Rossmann, Michael Roth (Heringen), Ortwin Runde, Axel Schäfer (Bochum), Heinz Schmitt (Landau), Olaf Scholz, Ottmar Schreiner, Dr. Angelica Schwall-Düren, Dr. Martin Schwanholz, Dr. Rainer Tabillion, Jörn Thießen, Dr. Rainer Wend, Andrea Wicklein, Engelbert Wistuba, Dr. Wolfgang Wodarg, Dr. Peter Struck und der Fraktion der SPD

Ostseekooperation weiter stärken und Chancen nutzen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

In den beiden zurückliegenden Jahrzehnten sind die Länder um die Ostsee weiter zusammengewachsen. Damit prägen nahezu 20 Jahre erfolgreiche Zusammenarbeit das politische und gesellschaftliche Leben in der Ostseeregion. Die politischen Veränderungen zu Beginn der 90er Jahre haben diesen Prozess ermöglicht. Er mündete schließlich auch in die EU-Osterweiterung im Mai 2004. Die Ostsee ist heute ein Meer, das verbindet und nicht mehr trennt. Die Prinzipien einer guten Nachbarschaft werden in einer Vielzahl von Vereinigungen und Kooperationen von unten her gelebt, sind selbstbestimmt und selbstgestaltet.

Die Ostseeregion ist heute eine der am stärksten entwickelten und integrierten Regionen unter den transnationalen großen Regionen Europas. Das bestehende Netzwerk der unterschiedlichen Akteure ist beispielhaft und einmalig in Europa. Die Integration der neuen EU-Mitgliedstaaten ist hierdurch erheblich befördert worden. Mit der EU-Erweiterung 2004 hat sich das Kooperationsfeld erheblich verändert. Russland, Norwegen und Island sind nunmehr einzige Nicht-EU-Staaten im Ostseerat.

Der Ostseerat ist mit seinen Treffen der Regierungschefs, den zweijährlichen Außenministerrunden und den regelmäßigen Zusammenkünften der Fachminister das verbindende Gremium auf Regierungsebene. Drei ständige Arbeitsgruppen der Mitgliedsländer treffen sich regelmäßig. Daneben existieren bis zu 20 weitere Fachgremien verschiedener Ressorts und Behörden. Eine eigene Arbeitseinheit „Baltic 21“ beschäftigt sich mit dem Thema der nachhaltigen Entwicklung und des Tourismus in der Region. Eine Task-Force zur Kriminalitätsbekämpfung der Innenministerien mit verschiedenen Untergruppen arbeitet seit 10 Jahren erfolgreich.

Seit 1991 tagt jährlich die Ostseeparlamentarierkonferenz als Zusammenschluss von nationalen und regionalen Parlamenten mit Vertretern des Europäischen Parlaments, des Nordischen Rates, der Baltischen Versammlung und der Arktischen Versammlung. Sie besteht aus einem Ständigen sowie einem erweiterten Ständigen Ausschuss und bildet bei Bedarf spezielle Arbeitsgruppen wie z. B. aktuell zum Themenkomplex Eutrophierung. Die 16. Ostseeparlamentarierkonferenz wird Ende August 2007 in Berlin stattfinden.

Die Politik der Nördlichen Dimension stützt sich wesentlich auf den Ostseerat als Impulsgeber und Projektbegleiter. Mit der Nördlichen Dimension wurde ein Politikrahmen für die Zusammenarbeit der EU mit ihren nördlichen Nachbarn geschaffen, der auf die Initiative des damaligen finnischen Ministerpräsidenten Paavo Lipponen zurückgeht. Die Nördliche Dimension ist ein politisches Programm und eine Prioritätensetzung zugleich. Nach ihrer Reform erfolgt nun die finanzielle Förderung ab 2007 durch den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), für Projekte innerhalb und mittels des Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrumentes (ENPI) und für Projekte außerhalb der EU-Grenzen. Die Ende 2006 zwischen der EU, Russland, Norwegen und Island verabschiedete konkrete Rahmenvereinbarung und Politische Erklärung zur Nördlichen Dimension sind gute Grundlagen für den Ausbau der engen Zusammenarbeit, die begründet ist in der Orientierung an die vier „Gemeinsamen Räume“, die bereits ein Jahr zuvor vereinbart wurden. Sie umfassen die Bereiche Wirtschaft, Inneres, Äußere Sicherheit, Forschung, Bildung und Kultur, ohne dabei die vorhandenen Felder Umwelt, Soziales und Gesundheit außen vor zu lassen. Im Rahmen der Umweltpartnerschaft wurde 2001 die Northern Dimension Environmental Partnership (ENDP) zur Finanzierung von Projekten aus den Bereichen Umwelt und nukleare Sicherheit in Nordwest-Russland und Kaliningrad geschaffen. Im nicht nuklearen Bereich wurden bereits zahlreiche Projekte gestartet. Dazu gehört ein Klärwerk für die Millionenstadt St. Petersburg. Beim Nuklear-Fenster ist Schwerpunkt die sichere Lagerung russischer Atomabfälle aus U-Booten und Eisbrechern.

Die Gesundheitspartnerschaft in der Nördlichen Dimension wurde 2003 gemeinsam mit der Gründung der Northern Dimension Partnership in Public Health and Social Wellbeing (NDHPS) beschlossen. Ziel der Partnerschaft ist die Bekämpfung infektiöser Krankheiten sowie Gesundheitsprophylaxe, vor allem im südöstlichen Ostseeraum. Deutschland hat seit Herbst 2005 den Status eines assoziierten Partners und trägt einen freiwilligen finanziellen Beitrag. Eine Transport- und Logistikpartnerschaft der Nördlichen Dimension befindet sich derzeit in der politischen Entwicklung.

Die strategische EU-Russland-Partnerschaft und die Politik der Nördlichen Dimension stehen vor der Aufgabe, die Region Nordwest-Russland noch stärker in ihre Aktivitäten einzubeziehen.

Um die Nördliche Dimension auch mit Parlamentariern aus der gesamten nördlichen Region zu begleiten, wird künftig auf Initiative des Europäischen Parlaments alle zwei Jahre eine Parlamentarierkonferenz zur Nördlichen Dimension stattfinden.

Alle Ostseeanrainerstaaten haben mit ihren gemeinsamen Aktivitäten und gestützt auf die Vielzahl der Akteure in erheblichem Umfang dazu beigetragen, eine gute Position im Wettbewerb der europäischen Regionen um Unternehmensansiedlungen, Arbeitsplätze, Ware und Dienstleistungsströme zu erhalten.

Die Erweiterung der EU 2004 hat die Ostsee fast zu einem EU-Binnenmeer gemacht. Diese nordeuropäische Region ist gekennzeichnet von einer hohen Wettbewerbsfähigkeit, einem überdurchschnittlichen Qualifikationsniveau und einem dichten Netz von Universitäten und Forschungseinrichtungen, einer weltweit führenden Position in der Nutzung und Anwendung von Informations- und Kommunikationstechnologien, einer dichten Verflechtung der nationalen Binnenökonomien sowie einem stetig wachsenden Transportaufkommen.

Die an die Ostsee grenzenden EU-Länder umfassen ein Drittel der Bevölkerung und ebenso ein Drittel des Bruttonozialprodukts der EU. In dem vom Weltwirtschaftsforum herausgegebenen „Global Competitiveness Report“ werden die nordischen Länder Finnland, Schweden, Dänemark und Norwegen seit Jahren unter den TOP 10 im Ranking der weltweit wettbewerbsfähigsten Länder geführt. Mit Wachstumsraten zwischen 7 und 9 Prozent liegen die neuen EU-Mitgliedstaaten Estland, Lettland und Litauen über dem durchschnittlichen Wachstum der EU. Im „European Innovation Scoreboard“ ihres Innovationsrankings platziert die Europäische Kommission Schweden, Finnland, Dänemark und Deutschland auf die ersten vier Plätze. Die nordischen Staaten liegen seit geraumer Zeit beim renommierten „Information Society Index“, dem weltweiten Vergleich der Leistungsfähigkeit im Bereich der Informationsgesellschaft, ganz vorn. Dänemark und Schweden stehen vor den USA auf den Plätzen 1 und 2.

Der Wettbewerb der Regionen in Europa nimmt zu. Die Herausforderungen in der Ostseeregion ebenso. Die Menge der zu transportierenden Güter und Waren nimmt zu. Die Ostsee selbst ist – vor allem von Land aus – zunehmend einer Verschmutzung und Einleitung von Abwässern und Schadstoffen ausgesetzt. Sie wieder zu reinigen und umfassend zu schützen wird lebenswichtig für alle Ostseeanrainerstaaten sein. Die grenzüberschreitenden Arbeitsmärkte der Region wachsen zusammen. 2011 ist die Niederlassungsfreiheit und Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der EU voll erreicht. Bereits heute haben zehntausende von Beschäftigten einen Arbeitsplatz in einem Nachbarland innerhalb der Ostseeregion.

Eine sichere und saubere Ostsee, eine ökonomisch starke und innovative Ostseeregion, stabile Gesellschaften mit sozialer Verantwortung, ein zukunftssträchtiges und nachhaltiges Netzwerk der Zusammenarbeit, das sind die Maxime für eine erfolgreiche Entwicklungsstrategie in der Region. Noch stärker als bisher wird es notwendig sein, dass die Ostseeregion nach Möglichkeit in Brüssel mit einer Stimme spricht, um ihre Interessen wirkungsvoll zu vertreten. Dies wird besonders wichtig bei dem Vorhaben von HELCOM (Helsinki Kommission zum Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebiets), mit dem „Baltic Sea Action Plan“ einen eigenen Beitrag zur EU-Meeresschutzstrategie zu gestalten. Um diesen Herausforderungen gerecht zu werden, ist es erforderlich, dass die acht EU-Mitgliedstaaten, die Institutionen der EU und die verschiedenen Organisationen, die in der Region arbeiten, noch enger miteinander kooperieren. Das schließt den Ostseerat, die Ostseeparlamentarierkonferenz, die Gremien der regionalen Zu-

sammenarbeit der Ostseeregion, die Vereinigung der Ostseestädte, die Helsinki-Kommission und nicht zuletzt den Nordischen Ministerrat mit ein. Hinzu kommt die Integration in die Nördliche Dimension mit der Einbeziehung der strategischen EU-Russland-Partnerschaft.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. im Ostseerat darauf hinzuwirken, dass er als aktive Koordinierungsebene den Ausbau der Ostseekooperation zielstrebig vorantreibt. Dabei sollten verstärkt die verschiedenen staatlichen und nichtstaatlichen, regionalen und lokalen Akteure und die bestehenden Netzwerke im Ostseeraum einbezogen werden. Dazu gehört auch als parlamentarische Ebene die Ostseeparlamentarierkonferenz. Der Ausbau der Ostseekooperation soll ebenso in enger Zusammenarbeit und Abstimmung mit der Europäischen Union erfolgen;
2. sich dafür einzusetzen, dass sich die Ostseeregion als eine der attraktivsten und wettbewerbsfähigsten Regionen der Welt mit einem nachhaltigen Schutz ihrer Ökosysteme positioniert und dass sich die Ostsee bis zum Jahr 2015 zum saubersten und sichersten Meer Europas entwickelt. Hierfür wird die Schaffung eines Netzes ökologisch repräsentativer und wertvoller Meereschutzgebiete vorgeschlagen. Ebenso ist ein verstärktes Engagement erforderlich, um die Schadstoff- und Nährstoffeinträge aus Landwirtschaft, Gebietskörperschaften, der Schifffahrt und der Industrie sowie die negativen Auswirkungen der Überfischung in der Ostseeregion zu reduzieren. Die HELCOM-Maßnahmen zur Bekämpfung der Eutrophierung sowie der HELCOM-Ostsee-Aktionsplan sind zu unterstützen;
3. sich dafür einzusetzen, im Ostseeraum eine integrierte und nachhaltige Meerespolitik zu entwickeln und weitreichende Zusammenhänge zwischen Bereichen wie maritime Wirtschaft, Seeverkehr, Küstenschutz, Offshore-Energie, Fischerei oder Meeresumwelt herzustellen sowie die Ziele der Lissabon-Strategie mit den Zielen der sozialen Gerechtigkeit und des Schutzes der Umwelt zu verbinden und sich im Ostseeraum für faire Wettbewerbsbedingungen in der Seeverkehrs- und Hafenvirtschaft und der Schiffbauindustrie einzusetzen und die Einhaltung internationaler Regeln zum Schutz des geistigen Eigentums durchzusetzen. Hierin liegen Chancen für ein Wachstum der maritimen Wirtschaft und neue Beschäftigungsperspektiven;
4. den Vorschlag des Europäischen Parlaments, ein Regionalbüro der Europäischen Investitionsbank (EIB) in der Ostsee-Region zu eröffnen, zu prüfen und entsprechende Kontakte mit der EIB aufzunehmen;
5. bei den Beratungen in der Internationalen Schifffahrtsorganisationen (IMO) im Ostseerat und in der Europäischen Union darauf hinzuwirken, dass es zu einer koordinierten Vorgehensweise zur Verhinderung von Tanker- und Schiffsunfällen in der Ostsee kommt und dass im Falle einer Havarie ein abgestimmter Mechanismus zur wirksamen Bekämpfung derartiger Unfälle besteht. Dabei sind unter Einbeziehung der Küstenwachen die in der IMO festgelegten Tankerrouten einzuhalten sowie die Einführung einer Lotsenpflicht für Öltanker und andere Schiffe mit gefährlicher Ladung in der Ostsee zu prüfen. Die Einführung einer allgemeinen Lotsenpflicht in engen Schiffspassagen wie Kadetrinne und Öresund ist ebenfalls zu prüfen. Da die Sicherheit der Seeschifffahrt eine der wichtigsten Aufgaben in der Ostseeregion ist, wird vorgeschlagen, die gemeinsamen Informations- und Servicenetzwerke für das Management des Schiffsverkehrs (VTMIS) vom Finnischen Golf auf die gesamte Ostseeregion auszudehnen. Darüber hinaus sollte die Anwendung innovativer Navigationstechniken sowie die Unterstützung der Entwicklung und Einführung des Satellitennavigationssystems Galileo in Verbindung mit

dem Beobachtungssystem GMES (Global Monitoring for Environment and Security) forciert werden. Die Einstufung der Ostsee als „Besonders Empfindliches Meeresgebiet“ (PSSA) durch die IMO wird begrüßt, das bereits vereinbarte Verbot von Öltransporten in Einhüllen-Öltankern sollte strikt umgesetzt werden;

6. sich für die Schaffung verlässlicher Rahmenbedingungen für die seewärtigen Zufahrten und die landseitigen Hinterlandverbindungen der Häfen, die die Zukunft der Hafengewirtschaft sichern und eine Anpassung an die Erfordernisse der Globalisierung ermöglichen, einzusetzen;
7. die internationalen Bemühungen zur Vermeidung und Reduzierung von Schiffsemissionen in den Häfen sowie zur Normung von Stromanschlüssen für die Stromversorgung und die Realisierung der Landstromversorgung in den Häfen zu unterstützen;
8. mit einer integrierten europäischen Meerespolitik, die Ressourcen der Ostsee effektiv zu nutzen und zu prüfen, inwieweit ein Handlungsbedarf für die Gemeinschaft besteht. Unter Berücksichtigung von Subsidiarität und Kompetenzverteilung ist eindeutig zu bestimmen, ob ein Tätigwerden auf internationaler, europäischer, nationaler oder regionaler Ebene notwendig ist, um die angestrebten Ziele der EU-Meerespolitik zu erreichen. In den meisten Fällen könnte eine Kontrolle der Einhaltung bestehender Vorschriften die formulierten Ziele erreichen. Dies erfordert ebenfalls eine stärkere Einbeziehung von und Abstimmung mit Nicht-EU-Staaten wie z. B. Russland und Norwegen bei gemeinsamen regionalen Interessen, wie dies etwa in der HELCOM produktiv zum Ausdruck kommt. Darüber hinaus ist die Prüfung der Einrichtung einer Task Force Meerespolitik beim Ostseerat zu unterstützen;
9. für einen Schutz und eine Aufstockung der Fischbestände in der Ostseeregion einzutreten und sich in der Europäischen Union dafür einzusetzen, einen umfassenden Plan zu erstellen, um die Naturlachsbestände im Wassersystem der Ostsee wiederherzustellen und zu erhalten. Ebenso sollte das Prinzip der nachhaltigen Fischerei durch eine aktive Mitarbeit im Ostseebeirat (RAC – Regional Advisory Committee der EU) umgesetzt werden;
10. sich entschieden gegen illegale Fischerei in der Ostsee einzusetzen. Hier ist eine alle Ostseeanrainer umfassende Kooperation vonnöten, die scharfe Kontrollen sowie harte Sanktionen beinhaltet und von allen Anrainerstaaten gleichermaßen praktiziert wird;
11. die Forschung zu invasiven Arten, die die Biodiversität der Ostsee nachhaltig beeinträchtigen, zu intensivieren und entsprechende Gegenmaßnahmen zu ergreifen, da bereits heute Arten wie die in die Ostsee eingewanderte Rippenqualle heimische Arten wie den ohnehin dezimierten Ostseedorschbestand stark gefährden;
12. daran mitzuwirken, dass die Möglichkeit eines gemeinsamen Energiemarktes geprüft wird, und sich in der Europäischen Union dafür einzusetzen, gemeinsame Vorhaben für Energieeffizienz und erneuerbare Energiequellen – unter Berücksichtigung des Potenzials der Region als Quelle von Bioenergie – sowie die Nutzung von Biomasse, Solarenergie, Wind- und Wasserenergie zu fördern und die Arbeiten im Rahmen der Kooperation im Energiebereich in der Ostseeregion (Baltic Sea Region Energy-Cooperation – BASREC und Baltic 21) zu unterstützen;
13. zur Steigerung der Energieeffizienz in der Ostseeregion durch neue Stromleitungen und Verteiler- und Trafostationen die Übertragungsverluste bei der Stromverteilung zu reduzieren. Der Deutsche Bundestag begrüßt die Bemühungen um die Modernisierung der bestehenden Netze und Ausbau

neuer Übertragungsnetze sowie das Ziel eines Gesamteuropäischen Stromnetzes innerhalb der EU;

14. im Ostseerat darauf hinzuwirken, dass über Infrastrukturvorhaben in und auf der Ostsee unter allen Ostseeanrainern in den einschlägigen Gremien eine gegenseitige Information hinsichtlich möglicher ökonomischer, ökologischer und sozialer Folgen erfolgt. Die Bundesregierung wird aufgefordert, weiterhin dafür einzutreten, dass sorgfältige Umweltverträglichkeitsprüfungen im Rahmen eingegangener internationaler Verpflichtungen für alle Infrastrukturvorhaben in der Ostseeregion vorgenommen werden, und damit zu gewährleisten, dass internationale Umweltstandards eingehalten werden. Auf die Russische Föderation ist einzuwirken, dass das Übereinkommen von Espoo über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Raum ratifiziert wird;
15. gegenüber allen beteiligten Partnern zu betonen, wie wichtig es ist, auf die international anerkannten Grundsätze im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung, gute Regierungsführung, Transparenz und Beteiligung, die Gleichstellung der Geschlechter, Minderheitenrechte und den Schutz der indigenen Völker zu achten;
16. sich dafür auf europäischer Ebene und im Ostseerat zu engagieren, dass der Vorschlag des Europäischen Parlaments zur Errichtung eines Programms „Grenzenlose Ostsee“ unterstützt wird, mit dem ein reibungsloses Überschreiten der Grenzen in der Region möglich werden soll, und dass ebenso an Erleichterungen des Übergangs an den Grenzen der EU-Mitgliedstaaten und der Russischen Föderation gearbeitet wird;
17. den Vorschlag des Europäischen Parlaments zu unterstützen, wonach das Nordische Dreieck der Transeuropäischen Netze auf die gesamte Region ausgedehnt und die Straßen- und Bahnverbindungen des Barents- und des Bottnischen Korridors in das TEN-System aufgenommen werden. Gleiches gilt für die Forderung nach der Realisierung des Rail-Baltica-Projektes sowie der Verfolgung nach Einrichtung einer Hochgeschwindigkeits-Zugverbindung für die gesamte Region. Auch ist darauf zu achten, dass für die Fertigstellung der Via-Baltica-Autobahn, als vorrangiges Vorhaben, bis zum Jahr 2013 die Bereitstellung von Gemeinschaftsmitteln sehr wichtig ist. Ferner wird die Bundesregierung aufgefordert, die Weiterführung des Transeuropäischen Netzes über die deutschen Ostseehäfen hinaus nach Skandinavien zu unterstützen, um eine effiziente Verbindung von Meer (Mittelmeer) zu Meer (Ostsee) zu schaffen und damit die deutschen Seehafenhinterlandanbindungen zu fördern. Auch ist die Fehmarn-Belt-Querung – wie im Koalitionsvertrag vorgesehen – als internationales PPP-Referenzvorhaben zu verfolgen;
18. im Rahmen der TEN mit den Motorways of the Sea die umweltfreundlichen Kurzstreckenseeverkehre auch in der Ostsee zu fördern, da sie vor allem zur notwendigen Entlastung der überfüllten Straßen beitragen und die Höhe des Schadstoffausstoßes aller Verkehrsträger verringern. Der Schwerpunkt sollte dabei nicht nur auf finanziellen Förderungsprogrammen liegen, sondern auf allen Maßnahmen, die den Seeverkehr zwischen EU-Häfen im Wettbewerb mit dem Landverkehr voranbringen;
19. weiterhin die Erforderlichkeit einer echten Zusammenarbeit zwischen dem Ostseerat, der Europäischen Union, den regionalen Behörden und der Russischen Föderation hinsichtlich des Status der Oblast Kaliningrad ernst zu nehmen. Zwei Ziele dabei sollten eine offenere Pilotregion mit verbessertem Zugang zum Binnenmarkt und die Freiheit der Schifffahrt in der ganzen Ostsee sein;

20. daran mitzuwirken, dass die Partnerschaft für öffentliche Gesundheit und soziales Wohlergehen im Rahmen der Nördlichen Dimension (NDPHS) bei der Bekämpfung weit verbreiteter Krankheiten sowie bei der Unterstützung und Förderung der Gesundheit praxisnäher sein sollte. Zugleich ist zu prüfen, ob der Oblast Kaliningrad mit in die NDPHS einbezogen werden kann;
21. vor dem Hintergrund wachsender Zahlen von Grenzpendlern „Grenzüberschreitende Arbeitsmärkte“ zu einem Thema im Ostseerat zu machen und eine Politik zu unterstützen, die in der Region dazu führt, dass zur Förderung von Mobilität der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und zu ihrer sozialen Sicherheit an stark frequentierten Grenzübergängen für Pendler Informations-Zentren eingerichtet werden, die dazu beitragen, dass die Beschäftigten in steuer- und sozialrechtlichen Fragen ausführliche Informationen erhalten. Auch sind die Informationen über die Möglichkeiten der Beschäftigung und Qualifizierung in einem Nachbarland in der Region zu verbessern. Grenzüberschreitende Ausbildungsprojekte sollten ebenfalls unterstützt werden;
22. gemeinsam mit den anderen Mitgliedstaaten des Ostseerates aktiv Programme zu unterstützen, deren Ziel die Schaffung neuer Kunst- und Kommunikationsformen und die Förderung von multinationalen Austauschprogrammen im Kulturbereich ist;
23. im Ostseeraum auf eine gemeinsame Vermarktung und integrierte Konzepte im Tourismus hinzuwirken. Besondere Entwicklungspotentiale werden im Kultur-, Städte- und Kreuzfahrttourismus gesehen;
24. die Möglichkeiten einer finanziellen Unterstützung der den Jugendaustausch in der Ostseeregion fördernden Ostseejugendstiftung in Kiel zu prüfen und auch bei den anderen Mitgliedstaaten des Ostseerates für eine Prüfung der Förderungsmöglichkeiten der Stiftung zu werben;
25. im universitären Bereich eine Politik zu unterstützen, die den Studentenaustausch in der Region fördert und die dazu führt, dass ein virtueller Forschungs- und Wissenschaftsverbund in der Ostseeregion entsteht und dass die Universitäten Netzwerke aufbauen und Exzellenz-Zentren schaffen, die international wettbewerbsfähig sind;
26. im Rahmen einer verstärkten Zusammenarbeit auf der Ebene der Europäischen Union und des Ostseerats dafür Sorge zu tragen, dass Menschen- und Drogenhandel sowie weitere Bereiche der organisierten Kriminalität noch intensiver als bisher, gerade an der östlichen Grenze der Region, bekämpft werden. Zugleich werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, ihre Bemühungen gegen terroristische Bedrohungen von See zu intensivieren und mit den in Punkt 5 genannten Maßnahmen zur Seesicherheit zu verknüpfen.

Berlin, den 4. Juli 2007

Volker Kauder, Dr. Peter Ramsauer und Fraktion
Dr. Peter Struck und Fraktion

